

## "Rau plädiert für eine europäische Verfassung" in Die Welt (5. April 2001)

**Quelle:** Die Welt. 05.04.2001. Hamburg.

**Urheberrecht:** (c) Die Welt

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"rau\\_pladiert\\_fur\\_eine\\_europaische\\_verfassung"\\_in\\_die\\_welt\\_5\\_april\\_2001-de-f6b06a8e-bd5a-4c42-b470-8eab7359488c.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 19/09/2012

## Rau plädiert für eine europäische Verfassung

VON ANDREAS MIDDEL

Straßburg – In der Diskussion um die Zukunft Europas hat sich jetzt Bundespräsident Johannes Rau zu Wort gemeldet. Knapp zehn Monate nach der europapolitischen, viel beachteten Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer an der Humboldt Universität in Berlin, legte nun das deutsche Staatsoberhaupt seine Europavision vor.

Und die Resonanz war überwiegend positiv. Im Europaparlament in Straßburg erhielt Rau stehende Ovationen von fast allen Abgeordneten, der deutsche Präsident hatte den richtigen europäischen Ton getroffen. "Die beste Rede, die ich von einem Spitzenpolitiker in den vergangenen Jahren gehört habe", sagte der CDU-Abgeordnete Elmar Brok. Mit seinen Überlegungen zu einer europäischen Verfassung, einer "Föderation der Nationalstaaten" und einem künftigen Zweikammer-Parlament, habe Rau eine "neue Skizze für die EU" entworfen, sagte Parlamentspräsidentin Nicole Fontaine.

"Die Grundsätze der Demokratie auf europäischer Ebene zu stärken", ist eines der Hauptanliegen Raus. Genau aus diesem Grund fordert er: "Wir brauchen eine europäische Verfassung". Sie solle "nicht der Schlussstein des europäischen Bauwerkes, sie muss zu seinem Fundament werden". In dieser Verfassung müsse festgelegt sein, dass "Europa kein zentralistischer Superstaat wird, sondern dass wir eine Föderation der Nationalstaaten aufbauen", sagte Rau in Straßburg.

Sorgen vor einem Föderalismus-Modell nach dem Vorbild Deutschlands versuchte Rau auszuräumen: Gerade eine Föderation ermögliche es jedem Mitgliedsland, über "sein Verfassungsmodell und über seinen Staatsaufbau souverän" zu entscheiden. "Eine Verfassung brauchen wir also gerade deshalb, weil wir kein Einheitsstaat werden wollen", meinte der Präsident.

In seinem "eindrucksvollen Plädoyer für eine europäische Verfassung", wie die Grünen und Sozialdemokraten im Parlament gemeinsam erklärten, nannte Rau drei Kernpunkte für eine Konstitution. "Den ersten Teil sollte die auf dem europäischen Gipfel von Nizza proklamierte Grundrechtscharta bilden." Der zweite Teil einer europäischen Verfassung müsse die Kompetenzen zwischen den Mitgliedstaaten und der EU "mit der gebotenen Klarheit abgrenzen". Dabei schließt Rau "Rückverlagerungen von Kompetenzen" nicht aus, wie er im Anschluss an seine Rede erklärte. Schließlich sollten, um die demokratische Legitimation zu erhöhen, Parlament und Ministerrat zu "einem echten Zweikammer-Parlament ausgebaut werden". Der Ministerrat, so die Überlegung Raus, sollte eine Staatenkammer werden, das Europaparlament zu einer Bürgerkammer.

Und dabei gedenkt der Bundespräsident, der Bürgerkammer deutlich mehr Rechte zuzugestehen, als diese bislang dem Europaparlament zustehen. "Beide Kammern sollten in allen Bereichen, in denen Recht gesetzt wird, gleichwertig und gleichberechtigt entscheiden". Vor allem möchte der Bundespräsident, dass beide Kammern künftig den EU-Kommissionspräsidenten und seine Mannschaft wählen sollen. Mit dieser Forderung unterscheidet sich Rau deutlich von Außenminister Fischer, der vor allem die nationalen Parlamente als zweite Kammer skizziert hatte.

Und anders als Fischer ließ Rau die besondere Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnisses ganz außen vor. In seiner Mai-Rede hatte Fischer noch die Vision eines europäischen "Gravitationszentrums" entworfen, doch davon fand sich bei Rau kein Wort. Jeder Gedanke eines Kerneuropas behage ihm nicht, erklärte Rau im Anschluss an seine Rede. Man sollte in Europa die gemeinsame Schrittfolge beachten.

Bereits Ende des Jahres 2004 könnten erste konkrete Schritte zu einer europäischen Verfassung vorliegen, zeigte sich Rau zuversichtlich. Die entscheidenden Vorarbeiten dazu sollte nicht mehr von einer Regierungskonferenz klassischen Stils gemacht werden.

Stattdessen sollte ein Konvent, in dem neben Regierungsvertretern Abgeordnete der nationalen Parlamente und des Europaparlaments sitzen, die nötigen Entscheidungen "möglichst weitgehend vorbereiten".

Zurückhaltend äußerte sich Rau zur künftigen Rolle der Kommission, die häufig genug zum Sündenbock gemacht werde. Sie solle zwar das Vorschlagsmonopol behalten, doch keineswegs eine Art europäische Regierung werden.